

Verhandlungsschrift

Nr. 1/2013

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Lengau am Freitag, den 08.02.2013.

Sitzungsort: Sitzungssaal des Gemeindeamtes in Salzburger Straße 9

Anwesende:

1. Bürgermeister	Rippl	Erich
2. VBM	Reitsamer	Robert
3. Gemeindevorstand	Pendelin	Erika
4. Gemeindevorstand	Reitmann	Michael
5. Gemeindevorstand	Standl	Franz
6. Gemeindevorstand	Weber	Michael
7. Gemeindevorstand	Schwaiger	Wolfgang
8. Gemeinderat	Weinberger	Herbert
9. Gemeinderat	Altmann	Anna
10. Gemeinderat	Mayer	Johann
11. Gemeinderat	Gitschner	Herta
12. Gemeinderat	Pendelin	Hermann
13. Gemeinderat	Haslauer	Manuela
14. Gemeinderat	Blechinger	Roswitha
15. Gemeinderat	Mayer	Helmut
16. Gemeinderat	Voggenberger	Franz
17. Gemeinderat	Anzinger	Norbert
18. Gemeinderat	Schinwald	Josef
19. Gemeinderat	Priewasser	Horst
20. Gemeinderat	Mayer	Thomas
21. Gemeinderat	Winkelmeier	Johann
22. Gemeinderat	Hager	Johann
23. GREM	Fuchs	Johann (f. GR Klinger Martin)
24. GREM	Anzinger	Marianne (f. GR Muigg Martin)
25. GREM	Pommer	Josef (f. GR Schwenn Gabriele)

Es fehlen:

- GR Klinger Martin (entschuldigt) – dafür GREM Fuchs Johann
- GR Muigg Martin (entschuldigt) – dafür GREM Anzinger Marianne
- GR Schwenn Gabriele (entschuldigt) – dafür GREM Pommer Josef

Der BM stellt fest, dass

1. die Sitzung von ihm einberufen wurde,
2. die Verständigung hierzu rechtzeitig und schriftlich an alle Mitglieder ergangen ist und der Termin der heutigen Sitzung im Sitzungsplan (§ 45 Abs. 1 O.Ö. GemO 1990) enthalten ist. Die Kundmachung (**ANLAGE 1**) gemäß § 53 Abs. 4 O.ö. GemO 1990 am 30.01.2013 durch Anschlag an der Amtstafel erfolgte,
3. die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Beginn der Sitzung: 19.30 Uhr

Der BM weist darauf hin, dass das Sitzungsprotokoll der GR-Sitzung Nr. 6 vom 13.12.2013 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Zum Schriftführer für diese Sitzung wird Herbert Nagl bestimmt.

Bei der heutigen Sitzung wird folgende Tagesordnung behandelt:

1. Kassenprüfung vom 24.01.2013 – Kenntnisnahme des Berichtes des Prüfungsausschusses
2. Genehmigung des Rechnungsabschlusses für das Haushaltsjahr 2012
3. Beschluss des Flächenwidmungsplanes und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes
4. Kenntnisnahme der Konditionen für bestehende Darlehen (Volksbank Friedburg, Raiba Lochen)
5. Kindergartenneubau Lengau
 - a) Beschluss des Generalübernehmervertrages
 - b) Beschluss eines Baurechtsvertrages
 - c) Beschluss einer Übertragungsverordnung
6. Pfarrheim mit Kulturraum – Beschluss eines Baurechtsvertrages und einer Nutzungsvereinbarung
7. Genehmigung Options- und Dienstbarkeitsvertrag von 30 kV-Leitungen vom Windpark Munderfing bis UW Haidach mit der Windpark Munderfing GmbH.
8. Wassergenossenschaft Schneegattern – Ansuchen um Baukostenzuschuss
9. Entscheidung über die Übernahme des Gst.Nr. 582/14, KG Heiligenstatt, in das Öffentliche Gut – Straßen und Wege
10. Entscheidung über Grundankauf im Bereich „Holzingergründe“
11. Antrag Volksschule Lengau über Errichtung eines Mehrzweckraumes
12. Entscheidung über die Einbringung einer Klage gegen die Fa. Comshop Trawöger
13. Antrag BWG – Beheizung Kindergarten Lengau
14. BWG-Fraktion – Nachwahl eines Mitgliedes in den Kulturausschuss und Nachwahl eines Ersatzmitgliedes in den Kindergartenausschuss
15. Allfälliges

Vor Eintritt die die Tagesordnung setzt der BM die Tagesordnungspunkte 3 und 5 ab.

TAGESORDNUNG, BERATUNG UND BESCHLÜSSE

1. Kassenprüfung vom 24.01.2013 – Kenntnisnahme des Berichtes des Prüfungsausschusses

GR Franz Voggenberger verliest den Bericht über die durchgeführte Kassenprüfung vom 24.01.2013 und berichtet, dass die Gebarung für in Ordnung befunden wurde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

den Kassenprüfungsbericht über die durchgeführte Kassenprüfung vom 24.01.2013 zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

2. Genehmigung des Rechnungsabschlusses für das Haushaltsjahr 2012

Der BM führt aus, dass der Rechnungsabschluss durch den Prüfungsausschuss am 24.01.2013 geprüft und am 28.01.2013 im Finanzausschuss besprochen wurde. Ein Entwurf des Rechnungsabschlusses ist den Fraktionen zugegangen. Er erläutert, dass im ordentlichen Haushalt Einnahmen von € 8.173.197,19 Ausgaben von € 8.161.845,63 gegenüberstehen und somit ein Sollüberschuss in Höhe von € 11.351,56 erwirtschaftet wurde.

Obwohl € 360.000.— ausgegeben wurden, welche nicht budgetiert waren (Dach und Photovoltaikanlage an der HS Friedburg, Dacherneuerung VS Lengau, Grundankauf Spielplatz Schneegattern und Grundankauf für den Kindergartenneubau Lengau) konnte dieser Sollüberschuss erzielt werden.

Im außerordentlichen Haushalt stehen Einnahmen von € 1,153.362,91 Ausgaben von € 1,248.362,91 gegenüber und ergeben somit einen Sollfehlbetrag von € 95.000,00. Der Sollfehlbetrag im ao. Haushalt resultiert aus noch ausstehenden Zahlungen für die Sanierung der Volks- und Hauptschule Friedburg und dem Grundkauf für den Kindergartenneubau Lengau. Eine Bedarfszuweisung von € 45.000.— wurde zwischenzeitlich bereits angewiesen.

Der BM zeigt sich erfreut über die Entwicklung der Steuereinnahmen in den letzten Jahren. Er vergleicht die Entwicklung der Ertragsanteile und die Kommunalsteuer in den letzten Jahren.

Der BM gibt einen Überblick über die Schulden der Gemeinde Lengau, welche aus dem Kanalbau entstanden sind. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinde Lengau beträgt € 927,95. Aufgrund der vorsichtigen Budgetierung war es möglich diesen erfreulichen Sollüberschuss zu erzielen. Er bedankt sich bei den Fraktionen für die gute Zusammenarbeit um dieses Ergebnis zu erzielen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

den Rechnungsabschluss der Gemeinde Lengau für das Jahr 2012 zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

Der BM informiert, dass in der Sitzung des Finanzausschusses besprochen wurde, die Abgabe von Besamungszuschüssen mit 15.12. jeden Jahres zu befristen, um die zeitgerechte Auszahlung zu gewährleisten. GV Standl spricht sich ebenfalls für die Einführung einer Frist aus und findet es für wichtig, dass diese Frist entsprechend kommuniziert wird.

Der BM stellt den

Zusatzantrag:

als Frist für die Einbringung des Besamungszuschusses jeweils den 15. Dezember festzulegen. Für die Einbringung von Förderansuchen von Musikkapellen, Feuerwehren und Jugendförderungen sind die jeweils festgelegten Termine einzuhalten.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

3. Beschluss des Flächenwidmungsplanes und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes

Der Tagesordnungspunkt wurde durch den BM vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

4. Kenntnisnahme der Konditionen für bestehende Darlehen (Volksbank Friedburg, Raiba Lochen)

Der BM informiert, dass sowohl die Volksbank, als auch die Raiffeisenbank die Zinsen für die Kanaldarlehen erhöht hat. Laut Aussendung des Österreichischen Gemeindebundes sind diese Konditionenerhöhungen durch die Banken rechtmäßig. Durch den Gemeindebund wird empfohlen eine Erhöhung bis zu 0,85 % über dem Euribor zu akzeptieren. Eine Aufstellung der aktuellen und zukünftigen Konditionen (**ANLAGE 2**) ist den Fraktionen zugegangen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

die Zinserhöhung der Volksbank Friedburg und der Raiffeisenbank Lochen für die aushaftenden Kanaldarlehen entsprechend dem Aktenvermerk des Gemeindeamtes vom 24.01.2013 (**ANLAGE 2**) zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24 (GR Schinwald nicht anwesend)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

5. Kindergartenneubau Lengau

a) Beschluss des Generalübernehmervertrages

Der Tagesordnungspunkt wurde durch den BM vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

b) Beschluss eines Baurechtsvertrages

Der Tagesordnungspunkt wurde durch den BM vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

c) Beschluss einer Übertragungsverordnung

Aufgrund einiger Verzögerungen und noch offener Fragen können die Punkte a+b) noch nicht beschlossen werden. Heute kann nur über Pkt. c) abgestimmt werden, damit mit der Feinplanung begonnen werden kann. Ziel ist Baubeginn Juni 2013 (ca. 12 – 13 Monate Bauzeit). GV Weber zeigt sich erstaunt darüber, dass entgegen der Besprechung im Vorstand nun über Pkt. c) abgestimmt werden soll. Er hat auch keine Unterlagen zu dem Punkt. GV Schwaiger stellt fest, dass im GV durchaus besprochen wurde, über einzelne Punkte abzustimmen.

Abschließend stellt der BM den

A n t r a g

die im Entwurf vorliegende Übertragungsverordnung (**ANLAGE 3**) zu genehmigen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 22

3 Enthaltungen (GV Weber, GR Schinwald,
GV Standl)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

6. Pfarrheim mit Kulturraum – Beschluss eines Baurechtsvertrages und einer Nutzungsvereinbarung

Der BM ruft in Erinnerung, dass vereinbart wurde, dass die Pfarre der Bauherr für die Errichtung des Pfarrheimes mit Kulturraum sein sollte. Zu diesem Zwecke ist der Abschluss eines Baurechtsvertrages und einer Nutzungsvereinbarung erforderlich. Die Entwürfe für die Verträge wurden durch Dr. Lumerding gemeinsam mit Vertretern der Pfarre Lengau und der Diözese Linz ausgearbeitet und sind den Fraktionen zugegangen.

GV Weber berichtet über seinen Besuch bei der Präsentation des Projektes im Gasthaus Pär. Er zeigt sich erfreut über die dabei geäußerten positiven Meinungen. Er freut sich über einen baldigen Baubeginn.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

den Baurechtsvertrag (**ANLAGE 4**) und die Nutzungsvereinbarung (**ANLAGE 5**) zu genehmigen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

7. Genehmigung Options- und Dienstbarkeitsvertrag von 30 kV-Leitungen vom Windpark Munderfing bis UW Haidach mit der Windpark Munderfing GmbH.

Der BM gibt bekannt, dass durch die in Gründung befindliche Windpark Munderfing GmbH mehrere Windräder an der Gemeindegrenze Munderfing – Lengau im Bereich „Friedburgersteig“ aufgestellt werden. Die Ableitung des durch diese Anlagen gewonnenen Stroms soll beim Umspannwerk Lengau der EnergieAG durch ein 30 kV-Kabel eingespeist werden. Die Leitungstrasse verläuft in etwa entlang der Trasse der 110-KV-Leitung und quert mehrmals öffentliches Gut der Gemeinde Lengau.

Die Querungen des öffentlichen Gutes sollen in Durchbohrung ohne offene Grabungsweise erfolgen. Laut Aussage des Geschäftsführers der Windpark Munderfing GmbH ist mit über 90 % der betroffenen Grundeigentümern in der Gemeinde Lengau eine Vereinbarung bereits abgeschlossen worden. Eine Ausfertigung des Options- und des Dienstbarkeitsvertrages wurde den Fraktionen zur Verfügung gestellt.

VBM Reitsamer ruft in Erinnerung, dass sich die Gemeinde bereits früher für ein Erdkabel ausgesprochen hat und spricht sich daher für Zustimmung aus.

GR Hager Johann gibt zu bedenken, dass es damals über 2000 Unterschriften gegen die 110 kV-Leitung gegeben hat, welche letztendlich nichts genützt haben.

GV Weber erinnert, dass es im Gemeinderat verschiedene Ansichten zum Thema Windenergie gegeben hat und zeigt sich erfreut, dass es auch seitens der SPÖ keine Verhinderung gibt.

Der BM führt dazu aus, dass er nicht generell gegen Windkraftanlagen ist. Mit dem Baubeginn ist im Mai 2013 zu rechnen. Nach Fertigstellung werden die Auswirkungen für jeden ersichtlich sein.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

den Optionsvertrag (**ANLAGE 6**) und den Dienstbarkeitsvertrag (**ANLAGE 7**) zu genehmigen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24

1 Enthaltung (Mayer Helmut)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

8. Wassergenossenschaft Schneegattern – Ansuchen um Baukostenzuschuss

Der BM verliest das Ansuchen der Wassergenossenschaft Schneegattern (**ANLAGE 8**) vom 21.11.2012 um einen Baukostenzuschuss für den Ausbau des Leitungsnetzes und Reparaturen im Jahr 2011/12. Er zeigt sich über die ehrenamtliche Tätigkeit der Funktionäre der Wassergenossenschaft erfreut und verweist auf den daraus resultierenden niedrigen Wasserzins.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

der Wassergenossenschaft Schneegattern für den Ausbau des Leitungsnetzes und Reparaturen im Jahr 2011/12 einen Zuschuss in Höhe von 10 % des Nettobetrages (= € 836,75) zu gewähren.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

9. Entscheidung über die Übernahme des Gst.Nr. 582/14, KG Heiligenstatt, in das Öffentliche Gut – Straßen und Wege

Der BM ruft in Erinnerung, dass bereits in der Sitzung des Gemeinderates am 06.09.2013 über die gegenständliche Übernahme des Grundstückes 582/14, KG Heiligenstatt, in das Öffentliche Gut Straßen und Wege beraten wurde. In der damaligen Sitzung wurde beschlossen, diese Angelegenheit dem Bauausschuss zuzuweisen. In der Sitzung des Bauausschusses am 16.11.2012 wurde beschlossen, die Straße zwischen die Grundstücke 582/7, 582/8, 582/9 und 582/10, 582/12, 582/13 mit einer Breite von mind. 5,0 m zu verlegen. Sollte eine derartige Verlegung nicht möglich sein, wird empfohlen eine Übernahme in das öffentliche Gut abzulehnen. Nach Gesprächen mit Herrn Denk und Herrn Feldbacher ist die beabsichtigte Straßenverlegung nicht möglich, da ansonsten das Grundstück 582/12 nicht mehr bebaubar wäre und das Gst.Nr. 582/10 bereits verkauft wurde. In der Sitzung des Bauausschusses am 19.01.2013 wurde vorgeschlagen durch Ing. Königstorfer eine Kostenschätzung über die Mehrlänge der Straße einzuholen. Herr Königstorfer teilt dazu mit, dass die Mehrlänge Kosten von rund € 17.000,- verursacht.

GV Standl spricht sich aus technischen Gründen für eine Ringstraße aus. Ob die Grundbesitzer bereit sind, die Kosten in Höhe von € 17.000,- zu tragen muss noch geklärt werden.

Der BM tritt dafür ein die Straße jeweils soweit zu führen, dass alle Grundstücke erschlossen sind. GR Winkelmeier schließt sich dieser Wortmeldung an und fordert in Zukunft ein Straßenkonzept durch den Raumplaner. Die Kostenbeteiligung der Grundeigentümer muss sich nach den tatsächlichen Kosten richten.

GR Voggenberger weist auf den sparsamen Umgang mit Steuergeldern hin. Durch die Umwidmung wurde ohnedies schon eine Wertsteigerung erzielt. Er steht daher auf dem Standpunkt, dass die Mehrkosten durch die Liegenschaftseigentümer zu übernehmen sind.

GV Weber weist darauf hin, dass bei einer teilweisen Errichtung der Straße keine Umkehrmöglichkeit besteht.

GV Standl ist nicht glücklich, wenn nur eine Stichstraße beschlossen wird, ohne sich Gedanken über einen Umkehrhammer zu machen.

GV Schwaiger schlägt vor, den Beschluss in der vom Bauausschuss vorgeschlagenen Form zu fassen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

einer Übernahme des Gst.Nr. 582/14 in das öffentliche Gut nur zuzustimmen, wenn durch die Liegenschaftseigentümer eine Kostenbeteiligung für die Errichtung der Straße (Unterbau, Tragschicht und Feinbelag) von ca. € 17.000,- erfolgt. Wenn die Mehrkosten nicht übernommen werden, ist durch den Bauausschuss eine neuerliche Beratung zu führen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

10. Entscheidung über Grundankauf im Bereich „Holzingergründe“

Der BM informiert, dass in der Sitzung des Finanzausschusses am 29.01.2013 beschlossen wurde dem Gemeinderat zu empfehlen, das Grundstück F 16 im Ausmaß von 652 m² um € 22,00 pro m² anzukaufen.

GV Weber spricht sich für einen schnellen Ankauf aus. Der ursprüngliche Gedanke für den Grundankauf war eine gemeinnützige Nutzung (Spielplatz, Open Space)

VBM Reitsamer kündigt Zustimmung an, obwohl er immer die Meinung vertrat einen Platz für Jugendliche an den Rand der Siedlung und nicht ins Zentrum zu stellen.

GR Blechinger findet den Platz im Zentrum der Siedlung als positiv und spricht sich für den Ankauf an.

GV Standl erkundigt sich wie viele Grundstücke bereits verkauft wurden. Der BM informiert, dass fünf Parzellen verkauft wurden und sechs Parzellen vorgemerkt sind. GV Standl regt an in Zukunft bei Umwidmungen den Bedarf zu überprüfen und ob diese Grundstücke angenommen werden.

Der BM räumt ein, dass der Verkauf einige Zeit stagniert ist. In den letzten Jahren wurden vermehrt Parzellen verkauft.

VBM Reitsamer gibt zu bedenken, dass fünf Parzellen bereits fix verkauft sind und daher durchaus angenommen werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

das Grundstück F 16 (**ANLAGE 9**) im Ausmaß von 652 m² um € 22,00 pro m² anzukaufen. Alle bisherigen Beschlüsse des Gemeinderates über Grundankauf von Herrn Holzinger sind aufzuheben.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

11. Antrag Volksschule Lengau über den Einbau eines Mehrzweckraumes

Der BM verliest auszugsweise das Ansuchen der Volksschule Lengau (**ANLAGE 10**) um Errichtung eines Mehrzweckraumes, welches den Fraktionen zugegangen ist.

Der BM sieht die Anregung als positiv. Eine Beschlussfassung ist hier nicht möglich. Er regt an die Direktion Bildung und Soziales mit dieser Angelegenheit zu befassen, da der Kindergarten in eine Krabbelstube umgewandelt werden soll und die verbleibenden Flächen für die Schule genutzt werden könnten.

GV Weber berichtet, dass durch den Ausschuss die Schulen und Kindergärten besichtigt wurden. Er könnte sich auch einen Grundsatzbeschluss vorstellen und eine Weiterleitung an das Land.

Der BM weist darauf hin, dass bei Schulbauten die Gemeinde bereits mehrmals finanziell in Vorleistung treten musste und keine Beteiligung durch die Bildung zugesagt wurde. Er spricht sich daher gegen einen Grundsatzbeschluss aus. Er kündigt eine Prüfung durch das Land an.

VBM Reitsamer spricht sich nicht prinzipiell gegen einen Grundsatzbeschluss aus. Er sollte aber so formuliert sein, dass sich die Gemeinde dafür ausspricht dies gemeinsam mit dem Land zu tun.

GV Schwaiger geht davon aus, dass die Notwendigkeit gegeben ist. Die Anforderungen an die Schule werden immer mehr. Er zeigt sich über das Ansteigen der Schülerzahlen erfreut.

Der BM verweist auf die in den letzten Jahren durchgeführten Baumaßnahmen in den einzelnen Schulen und Kindergärten. GV Reitmann spricht sich den Meinungen der Vorredner als Obmann des Ausschusses an.

GR Schinwald vertritt die Ansicht, dass die Direktion der Volksschule eine entsprechende Antwort erhalten soll. Darin soll enthalten sein, dass der Gemeinderat generell für die Schaffung des Mehrzweckraumes ist.

GV Standl erkundigt sich, ob die Lehrerschaft bei der Besichtigung eingebunden wird. GV Schwaiger führt aus, dass bei der Erstellung des Raumprogrammes die Schulen keine Mitsprache haben.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

den Antrag der Volksschule zur Kenntnis zu nehmen und beim Amt der OÖ Landesregierung, Direktion Bildung und Soziales, eine diesbezügliche Überprüfung des Raumerfordernisprogrammes, sowie der Finanzierung zu beantragen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

12. Entscheidung über die Einbringung einer Klage gegen die Fa. Comshop Trawöger

Der BM ersucht Dir. Schwaiger um Schilderung des Sachverhaltes.

GV Dir. Wolfgang Schwaiger ruft in Erinnerung, dass die Homepage der Hauptschule Friedburg in Form eines Maturaprojektes erstellt wurde. Diese Homepage wurde auf einem Internetserver der Fa. Comshop Trawöger abgespeichert. Herr Trawöger hat im Sommer informiert, dass er seinen Server im Herbst abstellen wird und die Homepage auf einem anderen Server abgespeichert wird. Am ersten Schultag teilte er mit, dass die Homepage, für die 300 Arbeitsstunden investiert wurden, gelöscht wurde und keine Sicherung vorliegt. Dieses Maturantenteam existiert nicht mehr.

Die Homepage wird durch eine Mitarbeiterin des Teams wieder erstellt. In einem Brief an die Fa. Trawöger wurde ein Schadenersatz von € 1.500,- gefordert. Dies wurde durch Herrn Trawöger abgelehnt. Durch das Rechtsanwaltsbüro Estermann und Partner wurde Herr Trawöger neuerlich zur Schadenersatzleistung aufgefordert.

Am 24.01.2013 teilt Herr Trawöger mit, dass die Leistung eines Schadenersatzes abgelehnt wird. GV Schwaiger ersucht daher eine Klage gegen die Fa. Comshop Trawöger einzubringen.

Der BM informiert, dass lt. Mag. Spitzeneder, Büro Estermann und Partner, von folgender Kostensituation auszugehen ist:

Anwaltskosten pro Seite ca. € 1.000.--:	€ 2.000,--
evtl. erforderliches Sachverständigengutachten:	€ 1.000,--
geschätzte Gesamtkosten	€ 3.000,--

Diese Kosten sind durch die unterliegende Partei zu tragen. Mag. Spitzeneder beurteilt die Chancen für ein positives Urteil als gut. Es könnte allerdings passieren, dass die Gemeinde zwar Recht bekommt, aber das Geld bei der Fa. Comshop nicht einzutreiben ist, dann wäre die Gemeinde verpflichtet die Hälfte der Kosten zu übernehmen.

Der BM informiert, dass er mit Herrn Trawöger ein Gespräch geführt hat und dieser seine Sicht der Dinge dargestellt hat. Der BM spricht sich aufgrund des Prozessrisikos gegen eine Klage aus.

GR Voggenberger spricht sich prinzipiell für eine Klage aus.

GV Standl spricht sich ebenfalls für einen Schlussstrich auf, obwohl die Fa. Trawöger dies nicht verdient.

GR Priewasser spricht sich prinzipiell für eine Klage aus.

GV Weber spricht sich für die Ziehung eines Schlussstriches aus.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

keine Klage gegen die Fa. Comshop wegen der zerstörten Homepage einzubringen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 23

2 Enthaltungen

(GV Schwaiger, GR Voggenberger)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

13. Antrag BWG – Beheizung Kindergarten Lengau

Der BM verliest das Ansuchen der BWG-Fraktion (**ANLAGE 11**)

GR Winkelmeier erinnert, dass die Gemeinde dem Klimabündnis beigetreten ist. Er wünscht sich das die Beheizung der Gebäude CO₂-neutral erfolgt. Er räumt ein, dass durch die Familie Bamberger kein Anschluss an die Nahwärme möglich ist.

Der BM informiert, dass bei der Auslobung des Gebäudes festgelegt wurde, dass die Beheizung mit Erdwärme, Nahwärme oder Gasanschluss erfolgen soll. In den Plänen des Gebäudes sind keine Räumlichkeiten für Pellets, sondern lediglich ein kleiner Technikraum vorgesehen. Ein Erdtank, wie in Schneegattern hat mehrmals zu Problemen geführt und ist daher nicht sinnvoll. Es hat mehrere Gespräche mit Pöckl, Schinwald, Eidenhammer und Bamberger wegen Nahwärme gegeben. Durch die Gewog werden die Gebäude durch Gas beheizt und ist eine Umstellung nicht vorgesehen. Er sieht in der Verwendung von Gas durchaus Vorteile. Er verweist auf die Berechnung DI Burggraf über einen Vergleich Wärmepumpe (ca. € 70.000.--) und Gasanschluss. Ein Biomasseanschluss ist mangels Angebot nicht möglich. Ein Pelletsanschluss kommt für ihn aufgrund der Probleme beim Kindergarten Schneegattern und des Planungsstandes nicht in Frage. Er bedauert, dass eine Biomassenutzung in diesem Fall nicht möglich ist.

GR Winkelmeier erinnert, dass bei der Umwidmung von seitens des BWG ein Konzept für Biomasseanschluss gefordert wurde und von der Mehrheit abgelehnt wurde. Der vom BM angesprochene Kostenvergleich ist für ihn nicht nachvollziehbar. Er sieht einen schlechten Start des Klimabündnisses wenn das erste Gebäude der Gemeinde durch Gas versorgt wird.

GV Schwaiger bezweifelt die angegebenen Längen der Bohrungen. Bei seinem Wohnhaus mit 180 m² Wohnfläche hat er einen Brunnen mit 12 m Tiefe und einen Schluckbrunnen. Er vertritt die Ansicht, dass diese Angaben nicht nachvollziehbar sind.

GV Weber ruft in Erinnerung, dass der Antrag auf Biomasse oder Pellets lautet. Es stellt sich die Frage ob aus Zeitgründen die Prüfung einer Wärmepumpe noch möglich ist. Nahwärme ist nicht machbar.

GR Winkelmeier geht davon aus, dass durch die GEWOG Gasanschlüsse forciert werden.

GV Schwaiger ruft in Erinnerung, dass der Vorschlag Wärmepumpe bei der Wettbewerbsauslobung von ihm gemacht wurde. Die Pelletslösung beim Kindergarten Schneegattern hat sich als nicht praktikabel herausgestellt. Eine Nahwärmelösung ist nicht möglich. Er ist der Ansicht, dass bei der Wärmepumpe ein Vergleich sein muss.

Er räumt ein, dass die Herstellungskosten etwas höher sind aber die Betriebskosten niedriger. Er geht davon aus, dass die Kosten derzeit nicht günstiger als Gas sind. Er spricht sich trotzdem für einen Vergleich aus.

VBM Reitsamer weist darauf hin, dass es verschiedene Systeme von Erdwärme gibt und tritt für eine zusätzliche Prüfung ein.

Der BM verweist auf die Berechnungen des DI Burggraf. Er kann sich einen Zusatzantrag über eine Prüfung von weiteren Wärmepumpensystemen vorstellen.

GREM Pommer stellt fest, dass es drei Arten von Wärmepumpen gibt. Kostenvoranschläge können durch jeden Installateur erstellt werden.

GR Voggenberger versteht die Vorgangsweise nicht. Er vermisst eine Aufstellung der Kosten durch den Antragsteller. Er schlägt vor bei einem derartigen Antrag Kostenvoranschläge vorzulegen.

GR Winkelmeier erklärt sich bereit sich in dieser Angelegenheit einzubringen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

die Beheizung und Warmwasserbereitung des geplanten Kindergartens in Lengau mit Biomasse (Holzpellets oder Nahwärme aus Biomasse) durchzuführen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 0 Ja
17 Nein
8 Enthaltungen (BWG, GV Standl, GV
Weber, GR Anzinger, VBM Reitsamer,
GR Pommer)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich abgelehnt.

GV Schwaiger regt an neben der GEWOG einen weiteren Kostenvoranschlag einzuholen. Er schlägt vor, die Fa. NEURA mit der Erstellung eines Kostenvoranschlages zu beauftragen.

GR Winkelmeier tritt dafür ein, den Energiesparverband mit einer Berechnung zu beauftragen und mit Kostenvoranschläge zu untermauern.

14. BWG-Fraktion – Nachwahl eines Mitgliedes in den Kulturausschuss und Nachwahl eines Ersatzmitgliedes in den Kindergartenausschuss

Der Bürgermeister informiert, dass Frau Schmutzhard Maria die Funktion als Mitglied des Ausschusses für Kultur, Vereine und Sport zurückgelegt hat und durch die BWG-Fraktion ein Wahlvorschlag für die Nachwahl lautend auf Mag. Winkelmeier Johann eingebracht wurde. (ANLAGE 12)

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g an die abstimmungsberechtigten Mitglieder der BWG-Fraktion

Herrn Mag. Johann Winkelmeier als Mitglied des Ausschusses für Kultur, Vereine und Sport zu wählen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 3 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

Der Bürgermeister informiert, dass Frau Schmutzhard Maria die Funktion als Ersatzmitglied des Ausschusses für Kindergarten, Schule und Jugend zurückgelegt hat und durch die BWG-Fraktion ein Wahlvorschlag für die Nachwahl lautend auf Wolfgang Schwaiger eingebracht wurde (**ANLAGE 13**).

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g an die abstimmungsberechtigten Mitglieder der BWG-Fraktion

Herrn Wolfgang Schwaiger als Ersatzmitglied des Ausschusses für Kindergarten, Schule und Jugend zu wählen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 3 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

15. Allfälliges

Anfragen:

- GV Schwaiger informiert über die Angelegenheit Racher. Laut Herrn Racher hat Herr DI Joham zugesagt, dass eine Umwidmung positiv zu beurteilen ist, wenn die Mauer in der Zwischenzeit entfernt wird. Wesentlich erscheint ihm, dass die Mauer durch die Gemeinde Lengau vor Beschlussfassung entfernt wird.
- GR Voggenberger tritt dafür ein dass das Wasser oberhalb der L 508 zurückgestaut wird. Er sieht in dieser Angelegenheit das Land gefordert.
- GR Winkelmeier erkundigt sich, ob durch die Ferngas ebenfalls wegen der Leitungsführung bei der Gemeinde angefragt wurde. Der Amtsleiter informiert, dass die Grabung auf Grund der Bundesstraße erfolgte.

Berichte des BM:

- Der BM informiert über eine Vorsprache über die Errichtung eines Flugfeldes für Motorsegler und Leichtflugzeuge im Nahbereich der Ortschaft Utzweih. Dies wurde von ihm als nicht wünschenswert abgelehnt. GV Standl spricht sich generell für Information aus. In diesem Fall ist er der Meinung dass keine Beunruhigung notwendig ist.
- Er informiert über einen Besuch von Frau Dipplinger am 11.03.2013, bezgl. Weiterverbleib in der Inn-Salzach-Euregio.
- Er informiert über das Schreiben der VS Lengau wegen Unterstützung zur Linzfahrt und weist darauf hin, dass einheitliche Sätze für derartige Aktionen festgelegt wurden.
- Er informiert über Gespräche mit ÖBB und ÖBF betreffend der Aufschließung Holzingergründe. Es gibt eine Zusage von ÖBB für Verkauf um € 4,50 und Verpachtung von 1.400 m² von ÖBF auf 40 Jahre für einmalig € 1.600.—
- Er informiert die Mitglieder über die in Linz verliehene Auszeichnung „Junge Gemeinde Lengau“.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 13.12.2012 wurden keine Einwendungen erhoben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 21.50 Uhr.

.....
(Vorsitzender)

(Gemeinderat)

.....
(Schriftführer)

(Gemeinderat)

.....
(Gemeinderat)

(Gemeinderat)

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom 19.04.2013 keine Einwendungen^{*} erhoben wurden , über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde .

Lengau, am 22.04.2013

Der Vorsitzende:

* Nichtzutreffendes streichen

.....